

Interpellation Joël Thüring betreffend „mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen“

Im Zusammenhang mit dem schrecklichen Angriff der terroristischen Hamas auf Israel sind in den vergangenen Wochen einseitig anti-israelische, wenn nicht gar antisemitische, Botschaften in staatlichen Institutionen wie der Universität, der Fachhochschule Nordwestschweiz, den baselstädtischen Volksschulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen publik geworden.

Fachhochschule – Hochschule für Gestaltung

Vergangene Woche brachten Unbekannte an der Hochschule für Gestaltung ein Plakat mit der Aufschrift „Genozid ist kein Konflikt und staatliche Gewalt keine Lösung“ an der Fassade des Ateliergebäudes auf dem Dreispitz an. Dieser Slogan ist, gemäss einem Stiftungsrat der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus, „implizit antisemitisch“, weil er durch den grossen Interpretationsspielraum antijüdische Bilder entstehen lasse und ein „Monster kreiert“. Die FHNW liess das Transparent gleichentags entfernen.

Universität Basel

An der Universität Basel behauptete ein Dozent, dass Israel Wildschweine im Westjordanland als Waffe einsetze, um damit Palästinensern zu schaden. Eine unbewiesene Behauptung. Die Uni-Leitung hat die Phil.-Hist. Fakultät, die für den Fachbereich zuständig ist, aufgefordert, die beschriebene Forschungsarbeit des Dozenten auf wissenschaftliche Standards zu überprüfen und die anderen Vorwürfe zu untersuchen. Auf der offiziellen Webseite des Studiengangs „Urban Studies“ war zudem kurz nach dem Terrorangriff der Hamas ein Solidaritätsschreiben an das palästinensische Volk aufgeschaltet, das Israel die alleinige Schuld für die Gewalteskalation gab.

Schulen

In einem Interview im SRF-Regionaljournal Basel gab Regierungsrat Cramer Auskunft, dass es an Basler Schulen in den letzten Wochen zu konkret zwölf antisemitischen Vorfällen gekommen sei.

Kunstverein/Kunsthalle

Nachdem publik wurde, dass der designierte Direktor Mohamed Almusibli zwei einseitig antiisraelische Aufrufe unterzeichnet hat, sind in den vergangenen Tagen weitere Dinge an die Öffentlichkeit geraten. So hat auch ein Mitglied der Findungskommission, welche den Direktor ausgewählt hat, einen einseitig antiisraelischen Aufruf unterzeichnet, in welchem von einem Genozid der Israelis an Palästinensern gesprochen wird – ein gängiges Narrativ von israelfeindlich gesinnten Personen. Ebenfalls bekannt ist, dass ein Mitglied der Stiftung des Kunstvereins auf ihrem Instagram-Kanal einseitig antiisraelische Posts (mit Fakenews) teilt und ebenfalls Israel einen Genozid unterstellt.

Als probates und wirkungsvolles Mittel gegen konstanten Antisemitismus könnte, zumindest bei ausländischen Bürgern mit einem Aufenthaltstitel eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen werden. Eine solche ist dann notwendig, wenn Personen die schweizerische Rechtsordnung, insbesondere deren Grundwerte, nicht respektieren. Antisemitische Vorfälle können unter diesem Begriff subsummiert werden. Die Nichteinhaltung einer Integrationsvereinbarung können gemäss §5 Abs. 3 des Integrationsgesetzes bei der Erteilung, der Verlängerung oder beim Widerruf der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung berücksichtigt werden.

Ich ersuche den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der nachstehenden Fragen:

Zur Universität:

1. Wieso hat die Philosophisch-Historische Fakultät eine solche Forschungsarbeit zugelassen und diese mutmasslich antisemitische Forschung nicht umgehend unterbunden?
2. War der Universitätsleitung diese Arbeit bekannt?

3. Sind weitere antisemitische oder einseitig anti-israelische Vorfälle im Fachbereich „Urban Studies“, an der Phil.-Hist. Fakultät oder anderen Bereichen der Universität bekannt?
4. Wie will die Universität sicherstellen, dass künftig an sämtlichen Fakultäten keine einseitig anti-israelischen oder antisemitischen Studien, Verlautbarungen und generell Vorfälle sich ihren Weg bahnen?
5. Beabsichtigt die Universität nach Vorliegen sämtlicher Erkenntnisse ggf. Strafanzeige gegen besagte Urheberschaft der einzelnen Vorfälle einzureichen?

Zur Fachhochschule:

6. Welche Massnahmen werden seitens FHNW-Leitung ergriffen, um antisemitische und einseitig anti-israelische Aktionen zu verhindern?
7. Wie stellt die FHNW sicher, dass an ihrer Hochschule in keinem Bereich einseitig anti-israelische oder antisemitische Studien, Verlautbarungen und generell Vorfälle sich ihren Weg bahnen?
8. Hat die FHNW-Leitung angesichts des aufgehängten Plakats, welches als antisemitisch eingestuft wird, Strafanzeige gestellt? Falls nein, weshalb nicht?

Zu den Schulen:

9. Geht der Regierungsrat mit dem Interpellanten überein, dass neben dem Aufklärungsunterricht an den Schulen und der damit verbundenen Sensibilität für Inhalte auf Sozialen Medien auch die Eltern nicht nur informiert, sondern auch in die Verantwortung genommen werden müssen?
10. Werden aufgrund der Vorfälle Strafanzeigen eingereicht? Falls nein, weshalb nicht?
11. Welche weiteren Behörden werden über die Vorfälle informiert?
12. Werden aufgrund der o.g. Erwägungen hinsichtlich der Integration (Einhaltung Schweizerische Rechtsordnung, Respekt unserer Grundwerte etc.) in gravierenden Fällen nun Integrationsvereinbarungen mit Eltern angestrebt, um der Ernsthaftigkeit der Vorfälle ausreichend Gewicht zu verleihen? Falls nein, weshalb nicht oder werden stattdessen andere Massnahmen ergriffen?

Zum Kunstverein/Kunsthalle:

13. War dem Regierungsrat bekannt, dass ein Mitglied der Findungskommission einseitige und v.a. einseitig anti-israelische Aufrufe unterzeichnet hat und ein Mitglied der Stiftung des Kunstvereins einseitige und v.a. einseitig anti-israelische Aufrufe auf den Sozialen Medien teilt?
14. Falls nein: Wie beurteilt er diese Situation und ist er der Ansicht, dass dies unstatthaft ist?
15. Falls ja: Ist angesichts des bereits entstandenen Reputationsschadens für die Kunsthalle und dem doch sehr beachtlichen Aufruf des Regierungspräsidenten in einem Baz-Gastbeitrag gegen Antisemitismus, das Mitglied des Stiftungsrates dieser Institution noch tragbar?
16. Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass es zu keinen weiteren einseitig anti-israelischen Aufrufen, Briefen und Posts von Vertretern der genannten Institution kommt?

Joël Thüring